

<u>Tagesordnung:</u>	<u>Seite:</u>
1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung	2
2. Unterbringung und Integration von Flüchtlingen Vorlage: BV/2015/160	2
3. Anfragen und Hinweise	7
4. Einwohnerfragestunde	7
4.1. Information bei Unterbringung an die Nachbarn	7
4.2. Ankauf von Unterbringungsmöglichkeiten	7
4.3. Abrechnungen mit Integrationslotsen	8
4.4. Berechtigung für die Rostruper "Tafel"	8
4.5. Sichere Herkunftsländer (Balkan)	8

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

AV Frau Bohlen eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Es werden einstimmig festgestellt:

- a) die rechtzeitige Übersendung der Tagesordnung,
- b) die Beschlussfähigkeit,
- c) die Tagesordnung, wie sie zu Beginn des Protokolls aufgeführt ist.

2 Unterbringung und Integration von Flüchtlingen **Vorlage: BV/2015/160**

Einleitend erläutert FBL Fischer die umfangreiche Beschlussvorlage.

Die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen, wie im März 2015 vom Rat beschlossen, konnte bislang gut durchgeführt werden. In Unterkünften wurden maximal 30 Personen untergebracht bzw. Unterkünfte für max. 30 Personen angemietet.

Die vor zwei Wochen mitgeteilten Zahlen sind mittlerweile überholt. Fast täglich gibt es neue Herausforderungen, die bewältigt werden müssen.

Ganz aktuell wurde vom Nds. Städte- und Gemeindebund auf den Unterbringungsnotstand in Niedersachsen hingewiesen. Im Erstaufnahmebereich sind alle Kapazitäten des Landes Niedersachsen nahezu erschöpft. Täglich kommen 1.000 Flüchtlinge in Niedersachsen an. Die Verteilung auf die Kommunen wird daher „intensiviert“. Heute erhielt der Bürgermeister vom Landkreis Ammerland einen Anruf, dass ein Sonderkontingent von 100 Flüchtlingen am Samstag im Ammerland eintreffen werde. Davon entfallen 25 auf die Gemeinde Bad Zwischenahn. Neu ist, dass die eintreffenden Flüchtlinge noch nicht registriert sind. Dies muss durch Landkreis/Gemeinden erfolgen. Es werden Instruktionen über den Ablauf vom

Landkreis Ammerland erwartet. Das gesamte Sonderkontingent in der Erstaufnahme für den Landkreis beträgt 300 Personen.

Bis zum 31.01.2016 war die bisherige Ausgangslage, dass weitere 136 Flüchtlinge aufzunehmen sind. Davon wurden in den letzten drei Wochen bereits 38 Flüchtlinge untergebracht. Nach der Beschlussvorlage halten sich rd. 230 Personen in der Gemeinde Bad Zwihsenahn auf. Aktuell sind es 249 Flüchtlinge, von denen 57 % aus den Balkanländern, 37 % aus Syrien und 6 % aus anderen Herkunftsländern stammen.

FBL Fischer spricht ein sehr großes Lob, Dank und Anerkennung den vielen ehrenamtlichen Helfern aus, ohne die es nicht funktionieren würde und leistbar wäre. Das kann man nicht oft genug zum Ausdruck bringen. Die Gemeinde hofft weiterhin auf diese Unterstützung, um die „Flüchtlingskrise“ bewältigen zu können. Auf der Homepage der Gemeinde wurden die wichtigsten Fragen zu z. B. Sachspenden, Ansprechpartner etc. aufgenommen. Dort können sich die Bürger informieren.

Anschließend hält Frau Kleinschmidt einen Vortrag über die Aufgabe der Koordinierungsstelle für Migration und Teilhabe, die sie beim Landkreis Ammerland einnimmt. Auch sie spricht ihren Dank an die Sprachmittler und alle sonstigen ehrenamtlichen Helfer aus, die u. a. für Übersetzungen zur Verfügung stehen. Als neue Aufgabe kommen nun unbegleitete jugendliche Flüchtlinge im Alter von 14 – 18 Jahren, die dem Jugendamt des Landkreises Ammerland zugeteilt werden, hinzu. Für die Unterbringung werden auch Pflegefamilien gesucht. Bezogen auf die Frage, wie viele Abschiebungen/Überstellungen es im Landkreis Ammerland gegeben habe, berichtet Frau Kleinschmidt, dass keine erfolgt sind. Der Grund ist, dass die Abschiebung zehn Tage vorher angekündigt werden muss und nach zehn Tagen die Familien nicht mehr in den Wohnungen anzutreffen waren. Eine Kompetenzfeststellung für den Arbeitsmarkt werde von Frau Fischer-Teerhag vorgenommen.

Als Nächstes berichtet Koordinator Malte Hahn über die bisherige Tätigkeit. Mittlerweile gebe es 40 aktive ehrenamtliche Flüchtlingshelfer. Er hofft auf weitere Helfer. Jeden ersten Dienstag und dritten Freitag im Monat finden Plenumsitzungen für spezielle Aufgaben statt. Es gibt zurzeit sieben Bereiche in denen ehrenamtliche Helfer tätig sind.

1. Willkommensteam

Im Willkommensteam werden die Flüchtlinge am Bahnhof abgeholt. Sie werden bei den ersten Amtsgängen und zur Unterkunft begleitet. Dies ist die Basis für ein vertrauensvolles Miteinander.

2. Sprechstunde

Von Montag bis Donnerstag in der Zeit von 10:00 Uhr bis 13:00 Uhr ist Herr Hahn für die Ehrenamtlichen zu erreichen.

3. Sprachförderung

Vor der vom Landkreis und der Gemeinde in Zusammenarbeit angebotenen Sprachförderung leisten bereits die Integrationslotsen „Sprachunterricht“.

4. Begegnungscafé

Jeden Montag hat von 17:00 Uhr bis 19:00 Uhr das eingerichtete Begegnungscafé in der alten Pastorei geöffnet. Dort können Flüchtlinge, die Helfer oder auch interessierte Bürger zusammen kommen und sich kennen lernen. Dies ist auch wichtig, damit die Sprachbarrieren bei den Flüchtlingen genommen werden.

5. Sachspenden

Es werden viele Kleidungsspenden und sonstiges geleistet. Viele Ehrenamtliche helfen beim Annehmen, Sortieren, Lagern und Ausgeben. Ca. 10 Ehrenamtliche werden an jedem Ausgabetag benötigt. Herr Hahn ist sehr froh, da die bisherigen Lagerkapazitäten

ten schnell ausgeschöpft waren und dass bald ein größerer Lagerraum zur Verfügung steht.

6. Berufsorientierung

Es wird das System (z. B. das Duale System) für die Ausbildung etc. in Deutschland erklärt. Es konnten auch gemeinsame Firmenbesichtigungen stattfinden, da sich Firmen dazu bereit erklärt haben.

7. Möbelspenden

Dieser Bereich befindet sich derzeit im Aufbau, da dafür ein großes Lager gefunden werden muss. Es wäre kein Problem 200 m² mit den Angeboten zu füllen. Bisherige Möbelspenden werden an die Arbeitsloseninitiative Ammerland in Westerstede verwiesen. Zunächst muss ein Lager und auch entsprechende Lagerhelfer gefunden werden. Die Spendenbereitschaft der Bevölkerung ist überwältigend hoch. Allerdings kann auch nicht alles in der Flüchtlingsunterbringung verwendet werden. Es ist ihm eine große Freude, mit den Ehrenamtlichen zusammen zu arbeiten.

Auf Anfrage von AM H. Dierks, wo Herr Hahn noch Verbesserungsbedarf sehe, teilt er mit, dass das größte Problem die langen Wartezeiten im Asylbewerberverfahren seien. Aus Langeweile und die Sorgen über die zurückgelassenen Familien könne Konfliktpotenzial entstehen. Hier muss versucht werden, diese Zeiten zu überbrücken und die Flüchtlinge von der Langeweile und den Sorgen abzulenken.

AM Keil möchte gerne wissen, die wie Angebote der Sportvereine entstanden sind und wie es mit den Mitgliedsbeiträgen gehandhabt wird. Koordinator Hahn teilt mit, dass die Angebote von den Sportvereinen herangetragen werden. Auf die Mitgliedsbeiträge wird bis zur Anerkennung verzichtet.

Alle Ausschusmitglieder sprechen ihren Dank an die ehrenamtlichen Helfer aus, die Herzblut in die Angelegenheit einbringen und sich bereit erklären, in diesen Notzeiten zu helfen.

BM Dr. Schilling weist auf die schwierige Situation in ganz Deutschland hin. In Hamburg werden Zelte errichtet und auch in Bayern sind die Kapazitäten erreicht. Das Land Niedersachsen hat in den Erstaufnahmelagern die Grenzen erreicht und wird diese direkt an die Landkreise und Kommunen weiter leiten. Er dankt an dieser Stelle auch den Mitarbeitern der Verwaltung und spricht ihnen das Vertrauen aus. Die Flüchtlingskrise zur „Chefsache“ in Bad Zwischenahn zu erklären, wie es propagiert werde, halte er nicht für geboten. Das würde nur zu rechtfertigen sein, wenn die Leistung von den zuständigen Mitarbeitern nicht erbracht werde. Davon könne überhaupt nicht die Rede sein. Die Aufgabe sei bei den Mitarbeitern in besten Händen und sehr gut organisiert. Natürlich seien erhebliche Überstunden bei den Mitarbeitern angefallen und weiterhin erforderlich. Daher sollen im Stellenplan weitere Stellen zur Verfügung gestellt werden. Für die Gemeinde werde es zukünftig immer schwieriger, die Unterbringung der Flüchtlinge zu gewährleisten. Auch die Akzeptanz in der Bevölkerung werde zur Bewältigung der Aufgabe noch mehr gefordert.

Er spricht auch den Dank an alle Bürger aus, die der Gemeinde Wohnungen für die Unterbringung zur Verfügung stellen. Nur so konnte bislang die dezentrale Unterbringung gewährleistet werden. Spätestens im nächsten Jahr könne bei weiter ansteigenden Zuteilungszahlen die Unterbringung in Sporthallen und Dorfgemeinschaftshäusern nicht mehr ausgeschlossen werden. Hier sollen die Akteure frühzeitig eingebunden werden. Um Verständnis der Bürger wird gebeten.

AM Kellermann-Schmidt würde eine öffentliche Bürgerinformationsveranstaltung zu diesem Thema begrüßen. Wichtig ist die gleichmäßige Verteilung der Flüchtlinge im gesamten Gemeindegebiet.

AM Dr. Martin weist auf eine Anfrage des OBV Aschhausen hin, ob bei der Unterbringung der Flüchtlinge im Haus Andrea geholfen werden könne. Sie würden sich über eine entsprechende Rückmeldung freuen.

AM H. Dierks hat aufgrund eines NWZ-Artikels über die Flüchtlingskrise den SPD-Antrag gestellt und auf die absehbaren Szenarien hingewiesen. Erste Priorität habe die Unterbringung, da der Winter vor der Tür steht und es kalt wird. Fraglich ist, ob die Wartezeit auch mit Arbeitsgelegenheiten überbrückt werden könne. Wie sehen dafür die gesetzlichen Regelungen aus? Auch die Integrationslotsen würden dadurch etwas entlastet. Beim Vortrag von Herrn Hahn wurden Sach- und Möbelspenden angesprochen. Er fragt, ob auch Geldspenden erfolgen können. Dies sollte noch geklärt werden und ein entsprechender Hinweis auf der Homepage erfolgen.

Ergänzend zum Beschlussvorschlag der Verwaltung **beantragt** er zwei weitere Punkte.

- 1. Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen, ob Arbeitsgelegenheiten für die Flüchtlinge geschaffen werden können.**
- 2. Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen, ob zur Würdigung des ehrenamtlichen Engagements eine Ehrenamtskarte nach dem Modell der Gemeinde Barßel eingeführt werden kann.**

AM Dehnert spricht die Bleibeperspektive der Personen aus den Balkanländern an. Sollten diese schnell abgeschoben werden, würden Unterkünfte frei und die Belegung von Turnhallen könne keine Option sein. In den Bauerschaften Helle, Elmendorf, Petersfehn und Ofen erfolge noch keine Unterbringung. Man müsse auch dort für eine gleichmäßige Verteilung sorgen.

AL Wlodarczyk weist auf die Situation hin, dass nach der Anerkennung einige umziehen. Das Problem wird sein, wenn die Familien nachkommen und diese untergebracht werden müssen. Bis zur heutigen Ankündigung des Sonderkontingents sei er zuversichtlich gewesen, die neue Quote über den Wohnungsmarkt abdecken zu können. Der Zugang zum Arbeitsmarkt sei schwierig. Es könnten eventuell 1-€-Jobs angeboten werden, wenn es sich um zusätzliche Maßnahmen handele. Diesbezüglich werden bereits Gespräche mit dem Landkreis Ammerland geführt. Hier könnten einige Arbeitsgelegenheiten im Rahmen des Möbellagers entstehen. Für alle 250 Flüchtlinge sei dies nicht möglich.

Bezüglich der Abschiebung der Balkan-Flüchtlinge ist der Gemeinde der jeweilige Status nicht bekannt.

BM Dr. Schilling ergänzt, dass die Gesetze von uns eingehalten werden müssen. Dem Wunsch nach einer öffentlichen Veranstaltung könne er verstehen. Man werde darüber nachdenken. Zur Unterbringung in Ofen und Petersfehn muss festgehalten werden, dass keine Wohnungsangebote vorliegen. Dort gibt es kaum freien Wohnraum. Durch die Unterbringung von Flüchtlingen in unmittelbarer Nähe der Flugplatzsiedlung seien Flüchtlinge in Ofen trotzdem präsent. Es seien bloß keine Flüchtlinge, die der Gemeinde Bad Zwischenahn angerechnet werden. In Zukunft könne passieren, dass Landkreise den Katastrophenfall ausrufen, sofern ein Unterbringung- und Versorgungsnotstand entstehe.

Bezüglich der Anfrage nach einer Ehrenamtskarte gibt er zu bedenken, dass alle ehrenamtlichen Tätigen diese bekommen müssten. In der Gemeinde gebe es schon 400 Mitglieder in den Freiwilligen Feuerwehren. Auch die Ehrenamtlichen in Vereinen etc. müssten bedacht werden, die sich bereits seit Jahren engagieren. Es sollen eher gesondert Veranstaltungen oder Würdigungen an die Integrationslotsen organisiert werden. Die Einführung einer Ehrenamtskarte würde zudem einen erheblichen Verwaltungsaufwand mit sich bringen. Im Landkreis Ammerland habe man sich darauf verständigt, keine Ehrenamtskarte einzuführen.

ren. Außer den Bädern und der Bibliothek gebe es keine öffentlichen Einrichtungen, die vergünstigt von der Gemeinde Bad Zwischenahn zur Verfügung gestellt werden könnten.

Über die einzelnen Punkte des Beschlussvorschlages der Verwaltung inklusive der beantragten Ergänzungen wird getrennt abgestimmt:

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird gebeten, gemeinsam mit den Trägern der Kindertagesstätten zu prüfen, an welchen Standorten zusätzliche Betreuungsangebote für Kinder von 3-6 Jahren eingerichtet werden können. Hierfür sind die erforderlichen finanziellen Mittel bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2. Bei Bedarf sollte die Anzahl der Sprachkurse erhöht werden. Hierbei sind möglichst die verbesserten Fördermöglichkeiten des Landes Niedersachsen einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

3. Weiterhin wird die Verwaltung beauftragt, für die dauerhafte Wohnversorgung dieses Personenkreises geeignete Flächen zu prüfen und gfls. Planungen hierfür vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	-
Stimmenthaltungen:	1

4. Über den zusätzlichen Stellenbedarf ist im Rahmen der Stellenplanberatung für das Jahr 2016 zu beraten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Ergänzungen:

5. Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen, ob Arbeitsgelegenheiten für die Flüchtlinge geschaffen werden können.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen, ob zur Würdigung der ehrenamtlichen Engagements eine Ehrenamtskarte nach dem Modell der Gemeinde Barßel eingeführt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	4
Stimmenthaltungen:	0

3 Anfragen und Hinweise

K e i n e .

4 Einwohnerfragestunde

4.1 Information bei Unterbringung an die Nachbarn

Ein Einwohner fragt, ob bei der Unterbringung von Flüchtlingen in angemieteten Wohnräumen die Nachbarn darüber informiert würden.

BM Dr. Schilling weist auf die Praxis hin, dass die Verwaltung oder die ehrenamtlichen Integrationslotsen die Nachbarn darüber in Kenntnis setzen. Ein Einspruchsrecht gegen die Unterbringung habe man als Nachbar jedoch nicht.

- 50 -

4.2 Ankauf von Unterbringungsmöglichkeiten

Es wird die Frage gestellt, ob die Gemeinde die Pension „Haus Andrea“ für die Unterbringung von Flüchtlingen gekauft habe und wie die Gemeinde den Kauf finanziert, da die Aussage des Bürgermeisters dahingehend geäußert wurde, dass sich die Gemeinde in einer finanziell schlechten Lage befände.

BM Dr. Schilling bejaht den Ankauf der Pension Haus Andrea. Die Gemeinde war schon in einer schlechteren finanziellen Situation. Bei der Unterbringung von Flüchtlingen wird für gekaufte Objekte eine kalkulatorische Miete festgelegt. Solange das Haus Andrea belegt ist, erleidet die Gemeinde keinen Verlust durch den Ankauf.

- 50 -

4.3 Abrechnungen mit Integrationslotsen

Herr Hubert findet die Abrechnungsmodalitäten für die Erstattung der Auslagen der Integrationslotsen engstirnig. Seit Januar sei er im Gespräch mit der Verwaltung.

FBL Fischer erklärt, dass gewisse Voraussetzungen für die Abrechnungen festgelegt werden mussten, um eine Ungleichbehandlung nach dem im Grundgesetz verankerten Gleichheitsgrundsatz mit anderen ehrenamtlich Tätigen in der Gemeinde, wie die Familienpaten, auszuschließen. Die Begleitung von Familienpaten wurde vom Landkreis Ammerland auf sechs Monate beschränkt. Für die Begleitung von Flüchtlingen durch Integrationslotsen habe man sich verwaltungsseitig auf einen dreimonatigen Zeitraum nach Beginn der Betreuung des jeweiligen Flüchtlings festgelegt. Diese Regelungen gelten für die Abrechnung aller Integrationslotsen.

Im Übrigen gehen bei der Gemeinde wenig Erstattungsanträge ein, da die meisten Ehrenamtlichen helfen möchten und keine Bezahlung dafür verlangen. Ihnen ist der Dank der Flüchtlinge und ihr eigenes soziales Engagement Bezahlung genug.

AM Dr. Martin bittet die Verwaltung, nochmals ein klärendes Gespräch mit Herrn Hubert zu führen, um im Guten auseinander zu gehen. Herr Hubert habe viel Gutes für die Gemeinde geleistet.

- 50 -

4.4 Berechtigung für die Rostruper "Tafel"

Eine Einwohnerin, die sich ehrenamtlich bei der „Rostruper Tafel“ engagiert, fragt an, ob alle Flüchtlinge, die zugewiesen werden, eine Bescheinigung für Lebensmittel von der „Tafel“ erhalten und wie der zukünftige Zulauf von den „Verteilern“ der „Tafel“ bewältigt werden soll, wenn so viele neue Flüchtlinge erwartet werden.

SB K. Martin erklärt, dass alle Flüchtlinge bei ihrer Ankunft in Bad Zwischenahn u. a. auch eine Bescheinigung für die „Tafel“ erhalten. BM Dr. Schilling ergänzt, dass bezüglich der höheren Anzahl von Flüchtlingen Gespräche geführt werden sollen, welche Veränderungen sich ergeben. Die Problematik sei bekannt.

- 50 -

4.5 Sichere Herkunftsländer (Balkan)

Ein Bürger möchte wissen, ob bezüglich der Personen aus den Balkanländern, die Wirtschaftsflüchtlinge seien, eine Erklärung gegenüber der Regierung erfolge, dass Abhilfe geschaffen werden muss. Er prognostiziere für 2017 ansonsten eine Katastrophe.

BM Dr. Schilling antwortet, dass es entsprechende Resolutionen aus der Politik bereits gegeben habe. Auch die Bürger können sich an das Land, die Parteien und an den Ministerpräsidenten wenden.

Koordinator Herr Hahn bittet die anwesenden Einwohner um ihre Mithilfe, damit es nicht zu einer Katastrophe in der Flüchtlingskrise komme.

- 50 -

AV Bohlen bedankt sich bei allen Anwesenden für ihr Interesse und Teilnahme und geht davon aus, dass weiterhin über die Flüchtlingssituation berichtet werde. Anschließend schließt AV Frau Bohlen die Sitzung.

Bohlen
Ausschussvorsitzende

Fischer
Fachbereichsleiter

Osterwald
Protokollführerin